Nr. 627a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
11. Dezember 1903

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Bülow, Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Richthofen, v. Tirpitz, v. Einem, Krätke, Graf v. Berchenfeld und andere.

Das Haus ist im allgemeinen ziemlich schwach besetzt. Nur die Bänke der Linken einschließlich der Nationalliberalen weisen verhältnismäßig wenig Lücken auf.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Die **erste Lesung des Etats** in Verbindung mit der ersten Lesung der Vorlage über die **Finanzreform** wird fortgesetzt.

Das Wort erhält

Abg. **Bebel** (soz.):

Zu dem Grau, in dem die Thronrede die Reichsfinanzen schildert, hat der Schatzsekretär noch mehr Grau aufgelegt. Aber seine Schilderung entspricht der Wirklichkeit. Man hätte sich schon früher sagen können, daß, wenn man in günstigen Zeiten immer neue Anleihen aufnimmt, dies nicht auf die Dauer weitergehen kann. Die vorige Reichstagsmehrheit hat noch dazu durch gewaltige Flottenbewilligungen den **Anleihebedarf** des Reiches in die Höhe getrieben. Bei, wie ich zugebe, genauer Veranschlagung fordert der Etat 59½ Millionen mehr, von denen nicht weniger als 59½ Millionen durch Zuschußanleihe aufgebracht werden sollen. Eine solche Anleiheform widerspricht geradezu dem Artikel 70 der Verfassung. Die Vorlage zur Finanzreform ist ein Kind der Sorge, nachdem die schönen Tage von Aranjuez vorüber sind. Der Schatzsekretär hat gestern ein Wort gesprochen, das ich von ihm **als einem Süddeutschen** nicht erwartet hätte, da man in Süddeutschland die konstitutionellen Rechte doch etwas höher achtet. Er hat gesagt, wir hielten „nur" um eines konstitutionellen Rechtes willen an der Frankensteinschen Klausel fest.

Die Annahme der Vorlage würde die **politische Selbstentmündigung des Reichstages** bedeuten und uns sehr bald neue indirekte Steuern im Reiche bringen. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab. Der Abg. Schädler beklagte gestern die Marineausgaben, die Aufwendungen für die Kolonien, die Lasten für die Chinaexpedition, die ganze Weltpolitik, er fand, daß sich Deutschland in einer splendid isolation befinde. Ich verstehe nicht, wie gerade ein Mitglied der Centrumspartei so etwas sagen konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Centrum trägt ja die Hauptschuld an allen diesen Bewilligungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In seiner Hand lag es, diese Ausgaben zu vermeiden.

(Graf v. **Posadowsky** erscheint am Bundesratstische.)

Das muß dem Centrum immer wieder von neuem vorgehalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bis zum Jahre 1897 haben Sie (zum Centrum) sich ja auch gescheut, **in der Weltpolitik mitzutun**, aber 1898 sind sie umgefallen und haben die Flottenvorlage bewilligt. Daß die damals abgelehnten Auslandsschiffe wiederkommen mußten, war zu erwarten. Niemand hat weniger Recht, zu klagen, als die Centrumspartei. Sie trägt die volle Verantwortung für alle diese Lasten, die uns jetzt auferlegt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie die Pachtung von Kiautschau nicht freudig begrüßt? Ist nicht einem der Ihren, dem verstorbenen **Bischof Anzer**, die moralische **Vaterschaft** für diese Erwerbung zuzuschreiben? Einer der Herren im Centrum schüttelt den Kopf. Darf ich ihn an das Material erinnern, das wir bei den Vorlagen vorlegten? Früher glaubte ich, **aus Kiautschau** Chinadebatten vorlegten? Aber die Hoffnungen sind getäuscht sei noch etwas zu machen. Aus dort nicht, die Einfuhr umfaßt nur worden. Ausfuhr haben wir von dort nicht, die Einfuhr umfaßt nur das, was wir für unsere Besatzung gebrauchen.

(Das Haus hat sich inzwischen etwas mehr gefüllt, auch die Bänke des Centrums sind leidlich gut besetzt.)

Die Einfuhr nach Kiautschau bleibt jetzt hinter der von 1897 um zwei Millionen zurück, und damit halten Sie zusammen, was wir alles in Ostasien hineingesteckt haben! **Deutschlands Haltung im japanisch-chinesischen Kriege** hat unsere Stellung in Ostasien geschädigt. Auch die heutige Haltung Deutschlands zu den Fragen im Osten ist verfehlt. Deutschland ist in eine exponierte Lage geraten, weil es dort gern eine Rolle spielen möchte, und das kann uns eines Tages viel Geld kosten. Wenn Rußland erst einmal den ganzen Norden Chinas besetzt hat, kann es auch auf Kiautschau übergreifen.

Herr Schädler, der jetzt über die Weltpolitik klagt, hat erst vor elf Monaten ausgerufen, **daß der deutsche Adler seine Schwingen vom Fels zum Meer und über das Meer erheben könne** in einer friedlichen Weltpolitik. Meine Herren! Sie (zum Centrum) sitzen in der Falle drin und kommen nicht mehr heraus.

Daß das Quinquennat laut Ankündigung der Thronrede um ein Jahr verlängert werden soll, ist ein bisher unbekanntes Verfahren. Angesichts der schlechten Finanzlage wäre es ja auch nicht möglich gewesen, ein neues Quinquennat vorzulegen, denn ohne große Mehrforderungen ist es ja bei solchen Gelegenheiten noch nie abgegangen. Die Heeresverwaltung meint ja auch, daß sie mindestens noch die 7000 Mann bekommen muß, die wir das letzte Mal gestrichen haben. Der Verzicht auf ein neues Quinquennat war also nur ein Akt der Klugheit. Man will abwarten, ob nicht die Heeresverwaltung stürzen kann. **Allerlei dunkle Pläne** schweben in der Luft: organisatorische Aenderungen, Vermehrung der Kavallerie, Umgestaltung der Artillerie — alle diese Fragen werden hin und her erörtert. Das begründet die Vermutung, daß etwas kommen wird. Geradezu unglaublich ist es, daß man uns 1896 die große Millionenvorlage zur Anschaffung neuer Kanonen machte, obwohl damals bereits das Rohrrücklaufgeschütz aufgetaucht war, das man doch wenigstens hätte prüfen müssen. Militärische Kreise halten die Reichstagsabgeordneten für **große Kinder**, mit denen man machen kann, was man will. Nun, dieser Vorwurf trifft die Mehrheit, aber nicht uns, wir haben die Feldhaubitze nicht bewilligt. Damals hat man uns auch die Feldhaubitze beschert, die Generalleutnant v. Alten als ein völlig unbrauchbares Geschütz bezeichnete; er sagte, es sei geradezu ein Rätsel, daß man diese Waffe einführen konnte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) **Was muß das Ausland dazu sagen**, dem doch solche Kritiken bekannt werden müssen? Das steht kopfschüttelnd zur Seite. Wir haben ja auch in diesem Jahre wieder die großen Kavallerieattacken bei den Manövern gesehen. Man hört auch, daß **das Gewehr Modell 1898** schon überholt ist; es ist ein **Selbstladegewehr** erfunden. Führt eine Armee dieses ein, so müssen es alle anderen Mächte nachmachen. **Das liegt eben im Wesen des Militarismus.** Man braucht nur einen Blick in die zahlreichen Broschüren über militärische Dinge zu werfen, die überall herausbrechen, um den Geist der Unzufriedenheit in den weitesten Kreisen unseres Volkes und unseres Offizierkorps zu verstehen. Alle Augenblicke kommen neue Schnüre, neue Litzen, neue Knöpfe. Dazu die vielen Paraden, vor dem Manöver und nach dem Manöver, ohne jede Rücksicht auf den Kriegsfall, nur auf das schöne Aussehen berechnet. Für die Zuschauer baut man große Tribünen, und für die Truppen richtet man jahrelang das Paradefeld her. In Erfurt hat man schon im Jahre zuvor die Leute für die Abtretung des Feldes entschädigt, und ein Jahr lang sind Soldaten mit dem Zurichten des Geländes beschäftigt gewesen. Woher nimmt man denn die Mittel, wo stehen im Etat die Posten, mit denen man diese Ausgaben bestreitet? Man glaubt, wir befänden uns im ganz der Cäsaren. Es verlautet auch schon etwas von einem neuen Schlachtgeschwader. Man sollte einmal nachforschen, wer alles an solchen Bewilligungen, an der Lieferung solcher großen Marineaufträge beteiligt ist. Man munkelt im Volke allerlei, daß Leute bis in die höchsten Kreise hinauf interessiert sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Freilich: Bestimmtes kann ich nicht sagen, Beweise habe ich nicht, aber man erzählt sich das im Volke. Wachsen unsere Einnahmen, dann werden auch wieder neue Forderungen gestellt.

Wenn das Reich allen diesen Heeres- und Marineplänen gerecht werden soll, werden die Mehreinnahmen des neuen Zolltarifs nicht ausreichen, dazu bedarf es noch 250—300 weiterer Millionen. Diese wären ja vorhanden in den oberen vermögenden Kreisen, aber Sie haben es bis jetzt meisterhaft verstanden, die Lasten auf die schwachen Schultern abzuwälzen. Wenn es gilt, neue Einnahmen — zu schaffen, dann sind es die besitzenden Klassen — zu ihrer Schande sei es gesagt —, die sich zurückziehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts und in der Mitte.) Hat nicht der sächsische Finanzminister indirekt wenigstens auf die Tabaksteuer hingewiesen, indem er sagte, der Tabak könne im Vergleich mit anderen Staaten bei uns noch viel mehr bringen? Aehnliches haben wir aus dem Munde des Grafen Posadowsky gehört. Wenn es eben so weit ist, so wird das Centrum trotz aller Erklärungen und Verwahrungen bei der nächsten Flottenvorlage einer Erhöhung der indirekten Steuern oder der Neuschaffung indirekter Steuern zustimmen.

Man sagt, man müsse die direkten Steuern den Einzelstaaten reservieren. Ganz schön gesagt! Aber wenn die besitzenden Klassen so belastet würden durch die direkten Steuern wie die Arbeiterklasse und die kleinen Leute durch die indirekten Steuern, dann würden für das Reich erhebliche Beträge flüssig werden. Wenn erst die Besitzenden mit ihrem Geldbeutel für ihre Politik einstehen müßten, dann würden sie sich eine solche Politik recht ernstlich überlegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Heute sind sie leichten Herzens dabei, denn ihnen kommen die Vorteile zu gute, während die Nachteile auf die Schultern der Besitzlosen fallen. Preußen hat ja eine Einkommensteuer. Die Einnahmen betragen durchschnittlich 190 Millionen. In England aber kommen aus dieser Steuer 785 Millionen. Wenn man auch nicht das reiche England mit Preußen vergleichen kann, so ist es doch zweifellos, daß man auch in Preußen durch eine direkte Steuer noch größere Erträge erzielen könnte.

Es ist wiederholt auf eine **Erbschaftssteuer** hingewiesen worden. Wir haben ja in Preußen eine Erbschaftssteuer, sie bringt jährlich durchschnittlich 10 bis 11 Millionen Mark, während sie in Frankreich etwa 130 Millionen, in England sogar 272 Millionen einbringt. Die französische und englische Bourgeoisie ist also höher belastet mit direkten Steuern als die besitzenden Klassen in Deutschland. Es muß nur der gute Wille vorhanden sein, und die besitzenden Klassen bis uns könnten 300 Millionen Mark aufbringen. Aber dann wäre mit einem Schlage die Situation verändert.

Die Herren, die sich so als Gegner der direkten Steuern aufspielen, bringen uns ja die **Wehrsteuer** jetzt entgegen, eine ihrer Natur nach direkte Steuer, aber eine direkte Steuer, die in der Hauptsache die Armen trifft. Die Regierung hatte uns ja bereits einmal eine Wehrsteuer vorgeschlagen, sie ist aber damals von hier zurückgewiesen worden. Jetzt ist ein Umschwung eingetreten. Das hat man schon lange gemerkt, und ich habe in der Wahlarbeit gerade in Centrumskreisen darauf hingewiesen. Aber während man auf alle meine Ausführungen sehr eingehen geantwortet hat, hat hier die Sprache verfagt. Dann ist zuerst in Bayern eine Befürwortung der Wehrsteuer laut geworden, und gestern hat **einer der Hauptmatadore der bayerischen Centrumsmannen**, Dr. Schädler, erklärt, er stehe der Wehrsteuer sympathisch gegenüber. Diese Sympathie wird nicht allein bei ihm vorhanden sein. Ich erinnere an ein Wort des Herrn v. Schorlemer-Alst, der seinerzeit erklärte, die Wehrsteuer sei eine **umgekehrte direkte Steuer**, denn sie treffe nicht die Reichen, sondern die Armen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es wird nächstens ein Jahr, daß der Zolltarif angenommen wurde. Damals glaubte man, **eine welterschütternde Tat** vollbracht zu haben. Die Herren stürzten zum Reichskanzler und Grafen Posadowsky und gratulierten ihnen zu dem großen Werk. (Große Heiterkeit.) **Mit einem großen Bouquet von Handelsverträgen** gestiegen, während die Einfuhr zurückgegangen ist. Wie wird das unter den neuen Handelsverträgen werden? **Jetzt ist die Schutzzollbewegung überall in Fluß geraten.** Ich verweise auf **England**, wo die Bewegung jetzt hell auflodert. Chamberlain hat jetzt den Schritt, den Bismarck 1890 ihm vormachte, und mit dem gleichen Erfolge, vor dem die Engländer genügend gewarnt sind. Aber grade in der Nachahmung des deutschen Vorbildes liegt das Bedenkliche. Deshalb haben wir und die bürgerliche Linke unsere warnende Stimme erhoben. England macht sich unsere Politik zu nutze, das ist zur Rechten) Ihre Schuld.

Heute drängt die Rechte ja nicht so sehr auf den Abschluß der Handelsverträge. Vor neun Monaten war es anders. Da glaubte man, jeder Monat, der dahingehe, ohne den Abschluß eines Handelsvertrages zu bringen, sei verloren. Heute sagt selbst die Kreuzzeitung, Deutschland solle sich nicht beeilen, es könne ruhig abwarten. Ich weiß nicht, woher die Redaktion der Kreuzzeitung ihre Informationen hat. **Aber wie bescheiden ist die Rechte nach dem Zeugnis ihres Blattes geworden!**

Die Furcht, daß ein Handelsvertrag in agrarischem Sinne nicht zu stande kommt, hat wohl die Anregung zu Tage gefördert, **Schiffahrtsabgaben auf den Flüssen** zu erheben. Ich richte an den Reichskanzler die Frage, ob diese Absicht besteht. Besonders die preußische Regierung hat allen Anlaß, sich zu dieser Frage zu äußern, wie die badische Regierung es bereits getan hat. Solche Abgaben sind nach den internationalen Verträgen unzulässig.

Die Thronrede kündigt ein **Fortschreiten der sozialen Gesetzgebung** an. Wenn der Reichskanzler wirklich sein soziales Programm loyal ausführen will, so wird er auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sein. Zu Beginn keiner Session haben so viele sozialpolitische Anträge vorgelegen wie in diesem Jahre. Es scheint danach, daß die drei Millionen Stimmen bisher den Gliedern gefahren sind. (Heiterkeit.) Auf die Dauer geht es eben nicht, die Arbeiter mit **goldenen Kirchen und silbernen Warteinweilchen** hinzuhalten. Wieviel Mißstände jetzt selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien sehen, zeigen ihre Anträge. Was auf friedlichem Wege zur Unterstützung der Arbeiter von Ihrer Seite getan wird, das unterstützen wir. (Lachen rechts.) Wenn Sie das bestreiten, dann kennen Sie die Sozialdemokratie nicht, dann haben Sie nur Zerrbilder der Sozialdemokratie gesehen. (Lachen und Zurufe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich bitte, keine **Privatgespräche** zu halten. Das hält die Sache nur auf. (Heiterkeit.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Ueberall werden den Arbeitern ihre Rechte **in der niedrigsten Weise** genommen. Sie müssen sich ihr Recht erst erkämpfen, das gilt besonders von der **Koalitionsfreiheit**. Wenn gelegentlich Ausschreitungen vorkommen, werden die Arbeiter mit den schwersten Strafen belegt. Die Anstifter aber, die Arbeitgeber, gehen ungestraft aus. Das ist ein Zustand, den sich die deutschen Arbeiter unmöglich gefallen lassen können. Sie wissen nicht, in welche Gemütsstimmung die Arbeiter durch die brutale Haltung der Unternehmer versetzt werden. In **Meißen** zum Beispiel wurden die Arbeiter der **Töpferindustrie** von den Unternehmern aufgefordert, aus ihrem Centralverband auszutreten, sonst würden sie sofort entlassen. Obwohl sie dieser Forderung nachkamen, wurden sie doch entlassen. Kann es etwas **Gemeineres, Ehrloseres**. Niederträchtigeres geben als dieses Verhalten der Arbeitgeber? (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Lärm rechts und in der Mitte.) Ganz unglaubliche Dinge haben sich in den letzten Tagen in **Krimmitschau** ereignet. Selbst die „Kön. Ztg." mußte zugeben, daß dort die Löhne außerordentlich niedrig sind. Diese Aussperrungen sind das Schlimmste, was wir seit langem erlebt haben. Ich mache trotzdem diesen Arbeitgebern keinen Vorwurf; sie haben das Recht, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Aber jetzt hätten die Behörden die Pflicht gehabt, unparteiisch und gerecht gegen beide Parteien zu sein. Die Behörden haben jedoch in Krimmitschau den Unternehmern in der ungerechtesten Weise Hülfe geleistet. Ohne große **Versammlungen** können die Arbeiter keinen Streik führen. Die wenigen Unternehmer können in einem Privathause sich besprechen und ihre Pläne fassen. Wir sind ja in Sachsen an eine den Arbeitern **feindliche Politik** gewöhnt. Ich kenne keinen Fall, wo jemals in Sachsen ein höherer Beamter auf der Seite der Arbeiter gestanden hätte. Stets stand die sächsische Regierung auf der Seite der Unternehmer und Ausbeuter. Die Arbeiter haben in Krimmitschau vorgeschlagen, das **Gewerbegericht** als **Einigungsamt** anzurufen, die Unternehmer hatten es abgelehnt. Die Selbstbeherrschung, die die Krimmitschauer Arbeiter in ihren schweren Kämpfen bewiesen haben (Widerspruch rechts), würden Sie (nach rechts) in gleichem Kampfe niemals bewahrt haben. Die Arbeiter haben nichts getan, was als ungesetzlich bezeichnet werden könnte. Als die Polizei nichts finden konnte, nahm sie eine neue Vermessung der Säle vor und erklärte nun von Sälen, die bis dahin 1200 Personen fassen konnten, es gingen 700 Personen hinein, als wenn die **Arbeiter plötzlich soviel dicker** geworden wären. (Stürmische Heiterkeit.) Auch darin haben sich die Arbeiter gefügt. Die ganze deutsche Arbeiterschaft hat aber den richtigen Schluß daraus gezogen, sie hat sich mit den Bedrängten **solidarisch** erklärt (Bravo! bei den Sozialdemokraten), sodaß jetzt um 1, 2, 3 Mark die Streikunterstützung erhöht werden konnte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ganz ungerecht ist der Bürgermeister von Krimmitschau gegen die Arbeiter vorgegangen. Wie kommt der Bürgermeister zu einer solchen Stellungnahme? **Der Bürgermeister ist der Schwiegersohn eines der größten Fabrikanten.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein ganzer Teil der Fabrikanten sitzt im Stadtkollegium. Bis jetzt hatten die Arbeiter noch immer Auswege gefunden, da kam die Polizeiverordnung vom 4. Dezember, die alle Versammlungen verbot und vorschrieb, daß alle Wirtschaften von 12 bis 6 Uhr Morgens geschlossen bleiben mußten. Mit Gewalt will man dadurch die Arbeiter unter die Kuttte der Unternehmer bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Kann es etwas Skandalöseres, kann es einen ärgeren **Mißbrauch der Amtsgewalt** geben? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Die Verwaltung ist aber noch weiter gegangen, sie hat den Arbeitern, die ihre Unterstützungen aus bestimmten Lokalen sich abholen müssen, weil anders eine geordnete Auszahlung unmöglich ist, verboten, mehr als sechs Mann stark zusammen in das Lokal zu treten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit verbietet man diesen Leuten indirekt, überhaupt sich Geldunterstützung zu holen. (Hört! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Gibt es dafür eine Bezeichnung? Dafür gibt es nur ein Wort, und das Wort heißt: das ist **echt sächsisch!** (Sehr wahr! Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das ist so rücksichtslos, so empörend, so niederträchtig — (Lebhafte Unterbrechung rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten. Der Vizepräsident Dr. **Paasche** erkundigt sich bei den Schriftführern offenbar nach den letzten Worten des Redners und klingelt dann mit der Präsidentenglocke. Abg. Bebel fährt, nachdem Ruhe eingetreten ist, fort.) Wehe dem Arbeiter, aus dessen Mund ein Wort gegen den Arbeitgeber fällt! Da ist der **Staatsanwalt gleich bei der Hand.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Zustände, empörend für die sächsische und die deutsche Arbeiterschaft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Käme die sächsische Regierung würde eine ganz abermals ein 16. Juni, die sächsische Regierung würde eine ganz andere Antwort erhalten, als sie sie am vergangenen 16. Juni bekam. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es scheint, die sächsische Regierung hat mit dem 16. und 25. Juni noch nicht genug. Wenn irgendwo die Regierung schuld daran hat, daß die Mehrheit des Volkes feindlich gegen sie gesinnt ist, so ist es die sächsische. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht genug mit all den Chikanen. Die Unternehmer schreiben in alle Welt **um Streikbrecher**. Gut, dagegen habe ich nichts. Aber daß sie mit Lug und Trug gegen die armen Teufel vorgehen, das ist doch ein starkes Stück. Ich habe Briefe von Arbeitern, die ihren Angehörigen schreiben: „**Wir sind schon hineingefallen, so wirds uns gemacht!**" Was die Arbeiter in Krimmitschau tun, verdient die größte Hochachtung. Es ist eine größere Tat, wochenlang angesichts der armen Kinder, die hungern und darben müssen, im Lohnkampf auszuhalten, als in der Schlacht und dem Brausen des Kampfes auszuharren. Bis heute hat sich unter den 7000 Arbeitern so gut wie kein einziger Streikbrecher gefunden. Das **wirtschaftliche, soziale Leben** in Krimmitschau ist **verdichtet**. Hundert und aberhundert kleine Geschäftsleute stehen vor dem Bankrott. Die Industrie selbst hat den allerschwersten Standpunkt. Die Fabrikanten in Krimmitschau klagen über die mangelhafte Teilnahme ihrer Geschäftsfreunde; sie wären mit 10,000 Mark erst unterstützt worden. Bei so geringen Unterstützungen könnten sie den Kampf nicht fortführen. Die Arbeiter wären bereits mit 70,000 Mark unterstützt worden. Es handelt sich hier im wesentlichen nur um die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Die Forderung ist keine so große, daß sie einen **Zankapfel** bilden könnte. Die Industrie würde bei der **Herabsetzung der Arbeitszeit** keinen Schaden nehmen. Das zeigt das Beispiel Englands, wo in der Textilindustrie die Zehnstundenbill seit 1847 eingeführt ist. Der Kaiser hat einmal in einem Bericht über französische Sozialpolitik die Marginalbemerkung gemacht: „**Wenn wir doch einen Millerand hätten!**" (Heiterkeit.) **Warum wollen Sie, Graf Bülow, kein Millerand werden?** (Heiterkeit.) Graf Bülow könnte mit Leichtigkeit einen Gesetzentwurf vorlegen: Vom 1. April 1904 gilt der Zehnstundenarbeitstag. Aber ich glaube, Graf Bülow würde bereits im preußischen Handelsminister den stärksten Gegner haben. — Die Krimmitschauer Arbeiter haben sich mit ihren Forderungen in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Wenn die Fabrikanten ihr Interesse zu wahren wüßten, dann wären sie ohne weiteres auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen, und sie würden auf viele Jahre hinaus in Freundschaft mit ihren Arbeitern leben. Hier in Krimmitschau haben die Staatsbehörden in einseitigster Weise die Interessen der Unternehmer